

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 25

Artikel: Intifada, die unglückliche Revolution
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093730>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Intifada, die unglückliche Revolution

Die Aufmerksamkeit gilt derzeit den glücklicheren Revolutionen, dem unblutigen politischen Wandel, Auf- und Umbruch in Osteuropa. Das Intifada genannte Aufrütteln der Palästinenser in den israelisch besetzten Gebieten, dem Westjordanland und dem Gasastreifen, scheint vergessen zu sein. Dieses Aufrütteln begann vor zwei Jahren. Am 9. Dezember 1987 flogen die ersten Steine und Benzinbomben gegen die israelischen Soldaten.

Blutige Bilanz

In der «Revolution der Steine» sind bis anhin schätzungsweise 700 Palästinenser durch Israeli getötet worden; Palästinenser brachten 140 Palästinenser um, die der Zusammenarbeit mit den israelischen Behörden verdächtigt wurden. Die Israeli beklagen 42 Tote. Die Massen der Frauen und Kinder, die im ersten Jahr des ursprünglich politischen «Erweckens» sich dem israelischen Soldaten wehrlos stellten, sind verschwunden. Jetzt sind es kleine Gruppen maskierter Jugendlicher, die noch «Stosttrupunternehmen» gegen israelische Patrouillen im seit dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 besetzten Gebiet wagen.

Die israelischen Sicherheitsdienste, der Shin Bet, scheinen die Situation im Griff zu haben. 40 000 Palästinenser dürften in den vergangenen zwei Jahren auf die eine oder andere Art ihre Bekanntheit mit dem Gefängnis gemacht haben; etwa 10 000 werden noch festgehalten. Eine kürzlich angewandte Taktik der Palästinenser, israelische Soldaten in Hinterhalte zu locken, zu überfallen und zu töten, erwies sich als (auch politisch) kontraproduktiv:

Selbst gesprächs- und verhandlungsbereite Politiker können nicht Palästinenser verteidigen, die israelische Soldaten umbringen. Und der Regierung von Yitzhak Shamir – und gar ihren Kritikern – wird es so leichtgemacht zu behaupten, Indifada sei nichts anderes als eine andere, weitere Form des palästinensischen Terrorismus.

Fundamentalisten erhalten Zulauf

Bisher blieb es bei Steinen und Benzinbomben, aber Hamas, eine islamische Fundamentalistengruppe, befürwortet einen bewaffneten Aufstand beziehungsweise

Kampf. Hamas erfreut sich zunehmenden Zulaufs, und würde in den besetzten Gebieten heute frei gewählt, so dürfte über ein Drittel der Stimmen den Fundamentalisten zufallen.

Das eröffnet eine Perspektive in spe, die schon heute Anlass zu Spekulation(en) gibt: In einem solchen Fall ist es durchaus denkbar, dass Jordanien offiziell Frieden mit Israel schliessen wird. Der Grund ist im wachsenden Fundamentalismus in Jordanien selbst zu suchen, wie die Parlamentswahlen vom 8. November – die ersten seit 22 Jahren – zeigten. Der Moslem-Bruderbund errang zwanzig der achtzig Parlamentssitze, und weitere vierzehn Mandate entfielen auf «unabhängige» islamische Kandidaten. Indem König Hussein etwas Demokratie erlaubte, legitimierte er (entgegen seinen Absichten) die Fundamentalisten, deren Einfluss fortan zunehmen dürfte. Der König könnte, um zu überleben, eines Tages gezwungen sein, Frieden mit den Israeli zu schliessen, denen ebenfalls nicht an einem Überhandnehmen der Fundamentalisten gelegen ist.

Gespräche über Gespräche

Der wachsende Einfluss der Fundamentalisten beunruhigt auch Yassir Arafat, den Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Er muss damit rechnen, dass ihm die Felle davonschwimmen. Hinzu kommt, dass die PLO in ihren Reihen gespalten ist. Die Moderaten akzeptieren den «Palästina»-Plan des amerikanischen Aussenministers, James Baker, die Radikalen lehnen diesen ab. Baker hat Gespräche über Gespräche über Wahlen in den besetzten Gebieten zwischen Palästinensern und Israeli vorgeschlagen, die zu einem «Verhandlungsprozess» unter ägyptischer Obhut führen sollen. Die PLO wird in dem Plan nicht ausdrücklich erwähnt; es wird stillschweigend angenommen, dass sie hinter den Kulissen das Sagen haben wird.

Derweil Arafat den Baker-Vorschlag annehmen möchte, um sich nicht die mühsam errungene Unterstützung der Vereinigten Staaten zu verscherzen, opponieren die unter syrischem Einfluss stehenden Radikalen, so unter anderem George Habasch und Naif Hawatmeh und offenbar gar Arafats «Aussenminister», Farouk Kaddoumi.

Am 1. Dezember verlauteete aus dem PLO-Hauptquartier in Tunis, die Organisation sei bereit, «sich mit einem amerikanischen Plan zur Eröffnung eines israelisch-palästinensischen Dialogs zu befassen, vorausgesetzt der PLO falle eine unmittelbare und grundsätzliche Rolle in allen Phasen des Friedensprozesses zu». Diese gewundene Formulierung deutet darauf hin, dass die PLO ihre bisherige Forderung zurückgestellt hat, dass sie bei den Gesprächen direkt vertreten sein muss.

Lieber mit dem Teufel

Yitzhak Shamir beharrt auf seinem Standpunkt, dass er eher mit dem Teufel zu sprechen bereit sei als mit Yassir Arafat. Israel hat «freie und demokratische Wahlen unter den arabischen Palästinensern in Judäa, Samaria und dem Gasa-Distrikt in einer von Gewalttätigkeit, Bedrohung und Terror freien Atmosphäre» vorgeschlagen und: «Bei diesen Wahlen wird eine Vertretung gewählt, die die Verhandlungen für einen Übergangszeitraum der Ko-Existenz und Kooperation führt; zu einem späteren Zeitpunkt werden Verhandlungen über eine ständige Lösung geführt, in deren Verlauf alle vorgeschlagenen Möglichkeiten einer vereinbarten Lösung geprüft werden und Frieden zwischen Israel und Jordanien erzielt wird.»

Das ist eine vage «Strategie», die letztlich darauf hinauslaufen dürfte, die Palästinenser in den besetzten Gebieten zu ermüden beziehungsweise sie zu veranlassen, doch noch ihre eigenen, lokalen Anführer zu wählen. Diese gewählten Vertreter der Palästinenser träten dann in Konkurrenz zu Arafat, der PLO.

Intifada mag bis anhin eine unglückliche Revolution gewesen sein. Das Aufrütteln hat immerhin das Nationalbewusstsein der Palästinenser in den besetzten Gebieten in dem Ausmasse erweckt, dass – ungeachtet der Vorgänge in Osteuropa – es nicht mehr von der sogenannten Weltöffentlichkeit unter den Tisch gekehrt werden kann. Und vielleicht entdecken die Israeli eines Tages, wahrscheinlich schon recht bald, dass die Vereinigten Staaten, da nun die Freundschaft mit der Sowjetunion gefestigt wird, nicht mehr derart auf einen regionalen Freund angewiesen sind.